

Vernetzung gegen steigende Mieten

Die Fehler der vergangenen Jahre in der Wohnungspolitik wettzumachen, erfordert große Anstrengungen. Kooperationen Paritätischer Akteure mit Wohnungswirtschaft, Mieterverbänden und der Politik zeigen: Gemeinsam lässt sich einiges bewegen. Beispielhaft stellen wir auf den folgenden drei Seiten drei Vernetzungen vor.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Kiel, das seit Herbst 2016 besteht, richtet sich an die Politik auf kommunaler und Landesebene und setzt sich dafür ein, mit bezahlbarem Wohnraum allen, auch benachteiligten Gruppierungen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Wichtigstes Ziel des Bündnisses: Mit Wohnraum soll nicht spekuliert werden!

Um 20 Prozent stiegen die Mieten in Kiel in einfacher Lage zwischen 2014 und 2016. Immer mehr Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen können sich ihre Wohnung nicht mehr leisten und werden aus ihren Sozialräumen verdrängt. Alleinerziehende, Menschen, die überschuldet sind, Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund, Studierende und Auszubildende oder Wohnungslose haben so gut wie keine Chancen auf

dem Wohnungsmarkt. Mit allen sozialen Folgen. Hier will das Bündnis gegensteuern.

Bündnis für bezahlbaren Wohnraum in Kiel

Arbeit auf zwei Ebenen

Zu seinen Unterstützerinnen und Unterstützern gehören Interessenvertretungen wie der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, das Frauenhaus Kiel, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter Schleswig-Holstein und der Allgemeine Studierendenausschuss der Universität Kiel. Auch Parteiorganisationen, ver.di Kiel-Plön, Attac Kiel und der Paritätische Schleswig-Holstein sind dabei,

ebenso wie immer mehr Mitgliedsorganisationen des Paritätischen. In der Geschäftsstelle des Landesverbands in der Kieler Innenstadt trifft man sich alle vier bis sechs Wochen und plant die nächsten Schritte. Jan Dreckmann, der die Stabsstelle Sozialpolitik & Kommunikation beim Paritätischen Landesverband Schleswig-Holstein koordiniert, erklärt, das Bündnis arbeite immer auf zwei Ebenen:

„Mittel- und langfristig sprechen wir den Wohnungsbau und die Politik auf strukturelle Veränderungen an. Kurzfristig machen wir auf Notlagen aufmerksam und versuchen, pragmatische Lösungen zu finden.“

Expertise des Bündnisses ist gefragt

Selbstverständlich gehört Trommeln zum Handwerk. Die Kieler Bürgerfragestunde nutzt das Bündnis, um öffent-

Foto: Jens Kramer



Richtfest im noblen Kieler Schlosspark-Quartier – das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum erinnert daran, dass es viele Menschen gibt, die dort auch gerne wohnen würden, es sich aber nicht leisten können. Rechtes Foto: Jan Dreckmann vom Paritätischen Schleswig-Holstein.

lich immer wieder unangenehme Fragen zu stellen. Im vorigen Sommer, als Richtfest im noblen Schlosspark-Quartier in der Kieler Eggerstedtstraße gefeiert wurde, rief das Bündnis zu einer Kundgebung auf unter dem Motto: „Hier würden wir auch gerne wohnen“. Entsprechende Berichterstattung folgte. Jan Dreckmann: „Wir sind da, wo es weh tut.“ Dreckmann ist auch gefragter Experte in Sachen bezahlbarer Wohnraum beim Norddeutschen Rundfunk, seine Mitstreiter und er sorgen dafür, dass das Thema präsent ist und bleibt. Doch nicht nur in den Medien, auch in der Politik selbst gilt der Rat des Bündnisses. Einladungen in Fachbeiräte und kommunale Gremien zeigen, wie sehr die Problematik bezahlbaren Wohnraums den Kommunen unter den Nägeln brennt und dass Expertise not tut. „Die Politik weicht dem Thema nicht mehr aus“, so Jan Dreckmann.

Forderungen des Bündnisses

Die Chance, bei der Politik auf offenere Ohren zu stoßen und wenn möglich mehr zu bewirken als zu anderen Zeiten, wollen der Paritätische Schleswig-Holstein und das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum angesichts der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein im Mai 2018 nicht verstreichen lassen. Zumal in Schleswig-Holstein Ende 2018 die Mietpreisbindung für weitere 50.000 Wohnungen auslaufen wird. Zentrale Forderungen auf Landesebene sind öffentliches Bauland an öffentlichen Wohnungsbau zu binden, den öffentlichen Wohnungsbau generell zu forcieren sowie die Mietpreisbremse zu verschärfen. Leerstände sollen gemeldet und sanktioniert werden. Der Verlust von Wohnraum aufgrund von Zwangsräumungen, die oft Obdachlosigkeit zur Folge haben, soll erschwert werden. Die Unterstützung finanziell klammer Kommunen, die eine Wohnungsbaugesellschaft gründen wollen, gehört ebenso in den Forderungskatalog wie Hilfen beim Bau von Wohnheimen für Studierende und Auszubildende.

Margit Schlesinger-Stoll

Kontakt: Der Paritätische
Schleswig-Holstein

Jan Dreckmann, Tel.: 0431/5602-13
E-Mail: dreckmann@paritaet-sh.org

Netzwerk Mieten & Wohnen: Neue Wege in der Mieten- und Wohnungspolitik konzipieren

Als offene, bundesweit agierende Diskussionsplattform zur Erarbeitung von Alternativen in der Mieten- und Wohnungspolitik versteht sich das Netzwerk Mieten & Wohnen. Ihm gehören Mietervereine aus Berlin, Hamburg, Dortmund, Essen, Bochum, Frankfurt am Main und Nürnberg an, ebenso ein Anwaltsverein, eine Stiftung sowie inzwischen auch der Paritätische Gesamtverband. Viele Einzelpersonen engagieren sich ebenfalls. Gemeinsam kämpfen sie gegen fortwährende Verschlechterungen auf dem Wohnungsmarkt.

Mietrecht neu denken

Ziel des Netzwerks ist es, über das, was tagespolitisch hochkocht, hinauszugehen und systematisch neue Wege in der Mieten- und Wohnungspolitik zu konzipieren. Diese Alternativen sollen öffentlich diskutiert und in politische Forderungen und Aktivitäten umgesetzt werden. Da seitens der Politik die Idee einer Versorgung breiter Bevölkerungskreise mit bezahlbarem und lebenswertem Wohnraum zugunsten einer überwiegend marktorientierten Versorgung vernachlässigt wird, will das Bündnis auf mehreren Ebenen gegensteuern. Zudem gibt es die Arbeitskreise „Mietrecht neu denken“ und „Neue Wohnungsgemeinnützigkeit“.

Nebenkosten – die zweite Miete

Bisher hat das Netzwerk zwei Konferenzen veranstaltet. Die erste Konferenz 2015 in Hamburg beschäftigte sich mit verschiedenen Vorstellungen für lebenswertes und bezahlbares Wohnen und gab Anstöße für die Vernetzung wohnungspolitisch aktiver Akteure und Institutionen in ganz Deutschland. In Berlin wurde 2016 während der zweiten Konferenz sehr konkret über bezahlbaren Neubau

und Stadtentwicklung sowie über „die zweite Miete“ (Nebenkosten) und wie sie verbraucher- und preisfreundlich organisiert werden könnte, diskutiert. Am 23. und 24. Februar 2018 findet in Bochum die dritte Konferenz des Netzwerks Mieten & Wohnen statt. Erstes Schwerpunktthema ist dieses Mal „Wohnen für alle“, bei dem sich der Paritätische Wohlfahrtsverband besonders einbringt. Hier werden die Bedarfe von Menschen in besonderen Lebenslagen fokussiert und nach Wegen gesucht, ihre Wohnraumversorgung zu verbessern.

Menschen mit besonderen Bedarfen

Weitere Schwerpunkte sind „Regionale und soziale Differenzierung des Mietrechts sowie „Stadtentwicklung: Boden und Urbane Gebiete“. Die Workshops werden die Themen bezahlbaren Wohnraum, Barrieren der Wohnungssuche für Menschen in besonderen Lebenslagen, Wohnungspolitik als Bestandteil staatlicher Daseinsfürsorge und Schaffung besserer Chancen für Menschen mit besonderen Bedarfen am Wohnungsmarkt aufgreifen.

Martin Krämer, Netzwerkkoordinator seitens des Verbandes, ist sich sicher: „Die Expertise des Paritätischen bringt einen entscheidenden Mehrwert in das Netzwerk ein. Denn wir konzentrieren uns auf diejenigen, die Unterstützung am dringendsten nötig haben.“

Nähere Informationen zum Netzwerk gibt es auf www.netzwerk-mieten-wohnen.de.

Ansprechpartnerin beim Paritätischen Gesamtverband ist Jennifer Puls,

Referentin für fachpolitische Grundsatzfragen,
Tel.: 030/24636-338,

E-Mail: grundsatz@paritaet.org MST

Wohnen im Alter – vom Modell zur Normalität

In der sogenannten „Dortmunder Erklärung“ verpflichtete sich der Zusammenschluss bereits im Jahr 2006, verstärkt innovative und nutzerfreundliche Wohnmodelle für ältere Menschen zu entwickeln. Das Bau- und Verkehrsministerium NRW wurde aufgefordert, Fördermöglichkeiten auszubauen, langfristig zu sichern und sie mit anderen Förderungen stärker zu vernetzen. Erklärtes Ziel war es, unterstützt von Kommunen und Kreisen in NRW, eine altersgerechte Stadtentwicklung voranzutreiben und damit den demografischen Wandel konstruktiv mitzugestalten. Seitdem ist viel passiert. „Die Brisanz der Lage ist erkannt. In Nordrhein-Westfalen“, so Franz Schumacher, Fachreferent Ambulante pflegerische Dienste des Paritätischen Landesverbands, „geht der Wohnungsbau für ältere Menschen in die richtige Richtung.“ Das Wohnungsbauministerium fördere regelmäßig Projekte, und das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales habe mit der Übernahme des Wohn- und Teilhabegesetzes in Landesrecht Rechtssicherheit geschaffen.

Rund 20 Projekte realisiert

Etwa 20 gemeinsame Projekte von Wohnungswirtschaft und Paritätischen Mitgliedsorganisationen konnten in den letzten zehn Jahren realisiert werden, darunter etliche ambulant betreute Wohngemeinschaften für ältere Menschen sowie Projekte mit generationenübergreifendem Wohnen. Die Zusammenarbeit zwischen Wohnungsbaunternehmen und Sozialverbänden

ist nicht nur häufiger, sondern selbstverständlicher geworden, „die Denke ist heute eine andere“, so Schumacher. Fünf große gemeinsame Veranstaltungen der drei Akteure, von denen drei landesweit und zwei regional ausgerichtet waren, haben ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass neue Wohnformen eine Chance darstellen, zumal sie mehr und mehr von älteren Menschen gewünscht werden. Auch Vorträge bei Wohnungsbauunternehmen, meist von diesen angefragt, tragen Früchte. Wenn heute ein Wohnungsbauunternehmen neue Projekte plant, fragt es oft von sich aus bei den Sozialverbänden nach Anregungen zu altersgerechtem Wohnen an, umgekehrt findet der Paritätische ein offenes Ohr bei Wohnungsunternehmen, wenn er eigene Projekte entwickelt. Die Hard- und Software werden sozusagen aufeinander abgestimmt.

Starke Partner

Mit dem VdW Rheinland Westfalen und dem Deutschen Mieterbund NRW hat der Paritätische Landesverband Partner gefunden, die die Interessen großer Teile der Bevölkerung vertreten. Im bevölkerungsreichsten Bundesland sind 1,2 Millionen Wohnungen in den Beständen des VdW, circa ein Fünftel der Einwohner Nordrhein-Westfalens lebt in diesen Wohnungen. Der größte Landesverband des Deutschen Mieterbundes, der 300.000 Miethaushalte vertritt, ist ebenfalls im Boot. Zentrale Positionen hinsichtlich der Wohnungsbauentwicklung gerade für ältere Menschen stimmen bei den drei Partnern überein.

Exempel zeigen, wie neue Wohnformen im Alter aussehen könnten: Generationenübergreifende Wohnprojekte, Pflege Wohngemeinschaften, Betreutes Wohnen und Versorgungsmodelle innerhalb von Wohnquartieren weisen den Weg. Dafür, dass solche Beispiele ihren Modellcharakter verlieren und möglichst bald Normalität werden, setzt sich eine Kooperation in Nordrhein-Westfalen ein, der der Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen (VdW), der Deutsche Mieterbund NRW und der Paritätische Wohlfahrtsverband NRW angehören.

Der Paritätische NRW ist mit seinem Know-how seinerseits ein wertvoller Partner in der Kooperation. Die Sicherstellung einer passgenauen ambulanten Versorgung mit Betreuungs-, Unterstützungs- und Pflegeleistungen garantiert den Verbleib älterer Menschen in ihrem angestammten Quartier. „Die Ehrenfelder“ beispielsweise, eine gemeinnützige Kölner Wohnungsgenossenschaft, haben mit Hilfe von Mitgliedern des Paritätischen NRW ein generationenübergreifendes Wohnprojekt mit integrierter Pflege Wohngemeinschaft und angeschlossenem Nachbarschaftstreff realisiert. Die Essener Allbau, Mitglied des VdW, plant gerade mit der Familien- und Krankenpflege Essen, einer Mitgliedsorganisation des Paritätischen NRW, mehrere Wohngemeinschaften für Senioren, außerdem eine Tagespflege. Wünschenswert ist, da sind sich die drei Kooperationspartner einig, dass die Konzepte zur Quartiersentwicklung von vornherein noch umfassender die Bedarfe älterer Menschen berücksichtigen und einbeziehen. Denn Wohnen im Alter ist mehr als der Verbleib in den eigenen vier Wänden – zum altersgerechten Wohnen gehören die Infrastruktur, das Wohnumfeld, die Nachbarschaft und Hilfsangebote untrennbar dazu.

Margit Schlesinger-Stoll

Der Paritätische NRW
Franz Schumacher
Tel.: 0221/951542-22
www.paritaet-nrw.org
www.wohnen-im-alter-nrw.de